

Rentenkonzept der SPD

## **Gewerkschaft NGG begrüßt das SPD-Rentenkonzept**

Hamburg, 7. Juni 2017

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) begrüßt das heute vom SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgestellte Rentenkonzept.

> Dazu erklärte Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft NGG: *„Es ist richtig, dass die SPD das Niveau der gesetzlichen Rente bei 48 Prozent stabilisieren will. Denn wenn das Rentenniveau noch weiter sinkt, ist der Renteneintritt für viele gleichbedeutend mit sozialem Abstieg und Altersarmut. Eine Haltelinie einzuziehen, ist ein erster Schritt auf dem Weg zur von der Gewerkschaft NGG und dem DGB geforderten Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent.“*

> Die NGG begrüße weiterhin den Vorschlag für eine Solidarrente, nach der Beschäftigte im Niedriglohnbereich bei 35 Beitragsjahren eine Rente von mindestens zehn Prozent über der Grundsicherung erhalten. Dies würde sich für Beschäftigte im Niedriglohnsektor positiv auswirken. Rosenberger mahnte aber auch die Notwendigkeit an, über die Stärkung der Tarifbindung gute, tarifgebundene Einkommen zu ermöglichen.

Angesichts der von CDU/CSU geführten, *„unsäglichen Debatte“* über eine weitere Erhöhung der Altersgrenze, sei es positiv zu bewerten, dass die SPD eine weitere Anhebung auf über 67 Jahre klar ablehnt. Schon die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre habe in der Praxis für viele zu einer Rentenkürzung geführt, insbesondere da viele Arbeitgeber weiterhin kaum ältere Menschen beschäftigen. Allerdings sei auch im SPD-Konzept die Frage nicht beantwortet, wie die Menschen bis zur jetzigen Altersgrenze arbeiten könnten. Notwendig seien faire Regelungen, die für alle Beschäftigten einen gleitenden Übergang in die Rente sicherstellen.

*„Auch die Verbreiterung der Basis der gesetzlichen Rente durch Einbeziehung von Selbstständigen deckt sich mit unseren Vorstellungen“*, so Rosenberger weiter. Die Finanzierung der SPD-Vorschläge dürfe aber auch vor Beiträgen oberhalb der 22%-Grenze nicht Halt machen: *„Wir wissen aus Umfragen, dass Beschäftigte bereit sind für eine stabile Rente höhere Beiträge zu leisten“*. Auch in der Wirtschaft müsse ein Umdenken in Bezug auf die Beitragsstabilität kein Tabu mehr sein, forderte die NGG-Vorsitzende.